

dürfte die vorliegende Abhandlung für jeden mit den Revolutionen von 1848 Befassten eine Fülle von Hinweisen und Anregungen enthalten, die für eigene Forschungen heranzuziehen und fruchtbar zu machen sind.

Dieter Dowe

Günter Moltmann, Atlantische Blockpolitik im 19. Jahrhundert. Die Vereinigten Staaten und der deutsche Liberalismus während der Revolution von 1848/49, Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 422 S., Ln., 58 DM.

Während es in der Geschichtswissenschaft der USA ein eigenständiges Arbeitsgebiet gibt, das die Geschichte der europäisch-amerikanischen Beziehungen zum Gegenstand hat und die Bezeichnung *Atlantic Community* trägt, werden diese Beziehungen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Westeuropas, sehr viel weniger systematisch erforscht.

Die Untersuchung des Hamburger Historikers Günter Moltmann versucht hier Lücken zu füllen, indem sie Strukturen transatlantischer Kooperation skizziert, wie sie 1848/49 – allerdings nur kurzfristig – existierten.

Die Studie stellt aber nicht nur ein Kapitel der deutsch-amerikanischen Beziehungen im 19. Jahrhundert dar, sondern ist zugleich als ein Beitrag zur außenpolitischen Geschichte der deutschen Revolution gedacht. Als dritter wichtiger Aspekt kommt hinzu: Die während der Revolution intendierte und ansatzweise auch erfolgte Kooperation zwischen amerikanischen politischen Kräften und deutschen Liberalen wird im Rahmen übernationaler und überkontinentaler ideologischer Frontbildungen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts untersucht.

Im ersten Kapitel werden die Bedingungen und Möglichkeiten des Zusammengehens, also insbesondere das amerikanische Deutschlandbild und das deutsche Amerikabild vor der Revolution, analysiert. Wichtig ist dabei, daß die amerikanischen Liberalen wie auch die Mehrzahl der dortigen Demokraten sich mit jenen liberalen Wünschen in Deutschland identifizierten, die auf individuelle Freiheit, föderalistische staatliche Organisation und repräsentative Verfassungen abzielten. Jakobinischer Zentralismus war bei diesen Gruppen verpönt, und so wurde auch die französische Februarrevolution – trotz der seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskampf bestehenden großen Sympathien für Frankreich – keineswegs übereinstimmend positiv beurteilt. Dagegen wurden die deutsche Märzrevolution und die freiheitliche Entwicklung, die von ihr auszugehen schien, mit großem Enthusiasmus begrüßt.

In Kapitel 2 wird deutlich gemacht, in welchem Maße die moralische und politische Unterstützung der Regierung wie der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten in der ersten Phase der Revolution die Zuversicht der deutschen Liberalen, aber auch vieler Vertreter der demokratischen Linken stärkte, die sich ebenfalls zum amerikanischen Vorbild bekannte.

Kapitel 3 und 4 handeln von den diplomatischen Kontakten der USA – die USA waren die einzige Großmacht, die die provisorische Zentralgewalt trotz der weiterbestehenden einzelstaatlichen Souveränität offiziell anerkannte – sowie von den deutschen Versuchen, die USA zu militärischer Entwicklungshilfe beim Aufbau einer deutschen Kriegsmarine zu bewegen. Das war gar nicht so realitätsfremd, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Schließlich hatte die US-Flotte 1815 selbständig den Krieg gegen die nordafrikanischen Piratenstaaten geführt und entschieden und seit dieser Zeit fast ständig ein Geschwader im Mittelmeer stationiert. Soweit es hier Weltfremdheit gab, war sie vor allem auf seiten der Frankfurter Regierungsvertreter und Abgeordneten zu finden, deren Enthusiasmus beim Besuch amerikanischer Marinesachverständiger meist erheblich größer war als die Fähigkeit zur kritischen Durchleuchtung der zu lösenden konkreten Tagesfragen (S. 155).

Im 5. Kapitel wird untersucht, ob und inwieweit ideologisch-politische Bestrebungen von wirtschaftlichen Interessen unterstützt oder behindert wurden. Auf diesem Felde waren es

die Vertreter der Frankfurter Regierung, die konsequenter vorgingen. Während sie einen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag so bald wie möglich abschließen wollten, um auch die eigene Legitimation international abzustützen, behandelte Washington dieses Projekt eher dilatorisch, weil es die vor 1848 zustande gekommenen Verträge mit den norddeutschen Küstenstaaten zunächst für vorteilhafter hielt. Insgesamt kann man allerdings nicht behaupten, daß die Sympathien der amerikanischen Vertreter für die deutschen Liberalen von deren Entscheidungen auf dem Feld der Wirtschaft und der Handelspolitik abhingen (S. 205).

Im 6. Kapitel arbeitet Moltmann heraus (wobei er eigene frühere Arbeiten aufnimmt), daß insgesamt das Vorbild der amerikanischen Verfassung größeres Gewicht in der deutschen Verfassungsdiskussion erlangte als das französische bzw. englische Modell. Er illustriert dies an mehreren direkten amerikanischen Beiträgen zur deutschen Verfassungsdiskussion, die bisher wenig beachtet wurden.

Im 7. Kapitel werden die innenpolitischen Voraussetzungen des transatlantischen Kooperationsversuches und deren Wandel nach dem Wahlsieg der Whigs dargestellt, der im März 1849 die Administration Zachary Taylors an die Schaltstellen der Macht brachte. Mit deren Amtsantritt vollzog sich eine Abkühlung des Verhältnisses zur Frankfurter Zentralgewalt. Taylor und sein Außenminister Clayton legten die seit 1793 und 1818 bestehenden Neutralitätsgesetze sehr viel restriktiver aus als die von ihr abgelöste Administration unter Präsident Polk. Moltmann untersucht dann, inwieweit die Demokraten den Brückenschlag zum europäischen Liberalismus stärker gefördert haben als die Whigs (Kap. 8). Dabei gerät der seit Mitte der 1840er Jahre stärker werdende Wandel des amerikanischen Parteiensystems ins Blickfeld. Die aus abolitionistischen Whigs und Demokraten der Nordstaaten sich zusammensetzende Free-Soil-Party stellte den Zusammenhang zwischen liberaler Bewegung in Europa und Antisklavereibewegung in den USA besonders heraus (S. 278 ff.). Die Hinwendung vieler Einwanderer zu dieser neuen Partei hat die Niederlage der Demokraten in den Wahlen 1848 mitverursacht. Besonders beim Sklavereiproblem wird die Umkehrung des sonst geläufigen transatlantischen Bezugssystems deutlich: »während sich viele europäische liberale Modelle an Amerika orientierten und viele Amerikaner dies mit Stolz registrierten, war für die Sklavereieegner die Französische Republik das Modell, und das eigene Land wurde wegen Unfreiheit verfemt« (S. 296).

Bei der Analyse einzelner Konzepte amerikanischer Gruppen (Abolitionisten und Sklavereiverteidiger; Sozialreformer und konservative Geschäftswelt; Bindestrichamerikaner und Nativisten; Protestanten und Katholiken) wie bei der Darlegung des Prinzipienkonflikts der amerikanischen Europapolitik 1848–1852 (»Non-Entanglement« oder »Manifest Destiny«) gelingt es Moltmann zu zeigen, wie differenziert insgesamt das Problem ideologischer Übereinstimmung zwischen den USA und den liberalen bzw. demokratischen revolutionären Bewegungen in Europa betrachtet werden muß und wie heterogen die Programmatik einer Gruppe wie die des »Young America« war, in der sich die schärfsten Anhänger einer amerikanischen Intervention zugunsten der Revolution in Europa zusammengefunden hatten. Dort verbanden sich die Forderungen nach konsequenter Demokratie mit sozialistischen und agrarischen Reformvorstellungen. Die Bestrebungen für eine amerikanische Expansion nach Westen verknüpften sich mit Annexionswünschen im Süden (Kuba) und Norden (Kanada), konvergierten zugleich dem Streben nach universaler Verbreitung des Republikanismus und auf diese Weise mit militanten Interventionsideen. Auf deutscher Seite waren die Widersprüche und insbesondere das Mißverstehen des amerikanischen Musters nicht minder groß: Obwohl sich die radikalen Demokraten zur Neuen Welt bekannten, verfolgten sie ihre politisch-sozialen Ziele dogmatisch, intolerant und teilweise mit Gewalt, d. h. in einer Weise, die von den amerikanischen Liberalen abgelehnt wurde; die bürgerlichen Liberalen priesen die amerikanische Staats- und Gesellschaftsordnung, flüchteten sich aber aus Angst vor der Freiheit in die Autorität des tradier-

ten Obrigkeitsstaates, was dem amerikanischen demokratischen System noch viel weniger entsprach (S. 361).

Obwohl es Moltmann gelungen ist, Ansätze einer breit gefächerten »Systemunterstützung auf ideologischem Hintergrund« (S. 361) herauszupräparieren, wird man fragen müssen, ob der Begriff der »Blockpolitik« nicht doch zu weitgehend ist (es spricht für Moltmann, daß er diese Frage selbst mehrfach stellt). Von Blockpolitik kann erst die Rede sein, wenn politisch-ökonomische Interessenkonflikte und durch räumliche Nähe mitbeeinflusste Machtrivalitäten von ideologischer Blockbildung (zumindest zeitweise) überlagert und dadurch geprägt werden. Das, was Moltmann an Beispielen versuchter Zusammenarbeit bringt, ist eher kontraindikativ (etwa die seit März 1849 betriebene Politik der strikten Neutralität in der Flottenfrage). Gleichwohl liegt das Verdienst dieser Studie darin, Reichweite und Grenzen transatlantischer »ideologischer« Affinität und damit Vorformen »transnationaler« Beziehungen herausgearbeitet zu haben, deren zunehmende historische und politische Bedeutung sich in unserem Jahrhundert von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker erwiesen hat. Ein Dutzend Dokumente zum Untersuchungsthema sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein Register ergänzen diese beachtenswerte Darstellung.

Hartmut Soell

Hartwig Gebhardt, Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49, Schünemann Universitätsverlag, Bremen 1974, 207 S., kart., 26 DM.

In Verbindung historisch-politologischer und soziologischer Fragestellungen geht Gebhardt mit dieser leicht abgeänderten Fassung einer Hamburger Dissertation den als Reaktion besonders auf die demokratischen Aktivitäten erfolgten lokalen, regionalen und nationalen Organisationsbestrebungen der vom Frühjahr 1848 bis Anfang 1850 wirkenden, überwiegend vom Besitz- und Bildungsbürgertum getragenen Vereine mit konstitutioneller Richtung und nationaler Organisation als Zielvorstellung nach. Dabei wird insgesamt zu sehr das Schwergewicht auf die Behandlung rein organisatorischer Probleme gelegt (Organisationsstruktur, -dichte, -finanzierung, Funktion der Leitungsinstanzen, der Kommunikationsmittel, der Vereins- und Verbandspresse) und nicht nur die Einordnung in die allgemeine politische Entwicklung besonders der Revolutionszeit vernachlässigt, sondern ebenfalls eine Klärung inhaltlicher Fragen zur Ideologie der Konstitutionellen (mit Ausnahme des letzten Kapitels) meist nur global und recht plakativ versucht. Dadurch werden die neben Vereins- und Verbandsegoismen und liberalem Selbständigkeitsgestus herrschenden politischen Differenzen, die den nationalen Zentralisierungsbestrebungen entgegenstanden, in den ersten beiden Kapiteln zu wenig deutlich. Eine definitorische Passage in der Einleitung hätte hier manche der (auch zeitgenössisch schlagwortartigen) politischen Standortbegriffe für den modernen Leser stärker eingrenzen können. Was ist hier »liberal« im Gegensatz zu »demokratisch«? Der »linke« Flügel eines Vereins wird einmal mit dem einen, dann wiederum mit dem anderen Begriff umschrieben. Ist »demokratisch-konstitutionell« (Name des Landesvereins Braunschweig) gleich »konstitutionell-monarchisch« (vgl. S. 53) gleich »liberal«? Und welche Bedeutung hat letzterer Begriff, wenn auf S. 60 gesagt wird, »linksliberale« und »konservative« Gruppen seien »nicht unwesentliche Schattierungen« »derselben politischen Richtung«? Das Dilemma einer Definition der politischen Mitte wird hier offenbar.

Was den organisatorischen Bereich betrifft, so breitet der Autor eine Fülle von Details aus. Im ersten Kapitel (S. 20–70) verfolgt er die nationalen und regionalen Organisationskerne der konstitutionellen Vereine von April bis November 1848: die von Leipzig aus ins Leben gerufenen Deutschen Vereine, die »verbrüdereten demokratisch-konstitutionellen Vereine Deutschlands« um den Berliner Konstitutionellen Klub, den Demokratisch-Konstitutio-